

+++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ G

## LÄNDER-TARIFRUNDE GESTARTET

### GEW KRITISIERT VERWEIGERUNGSHALTUNG DER ARBEITGEBER

**Berlin, 3. Dezember 2025** - In Berlin haben heute die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder begonnen. Auf Arbeitgeberseite verhandelt die Tariftgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für 15 Bundesländer außer Hessen, das einen eigenen Tarifvertrag hat. Verhandlungsführer ist der Hamburger Finanzsenator Dr. Andreas Dressel. Auf der Gewerkschaftsseite hat für die DGB-Gewerkschaften die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Verhandlungsführung. Die Gewerkschaften fordern Gehaltssteigerungen um 7 Prozent, mindestens aber 300 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Das haben die Arbeitgeber pauschal als nicht finanzierbar zurückgewiesen, ohne ihrerseits ein Angebot auf den Tisch zu legen.

Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen vorgelegt und begründet. Die Entgeltsteigerungen sind nötig, damit der öffentliche Dienst weiter ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Schon jetzt sind viele Stellen unbesetzt. Qualifizierte Fachkräfte wandern ab oder bewerben sich erst gar nicht. Für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen haben die Gewerkschaften im April 2025 einen Tarifabschluss

erreicht, der Lohnsteigerungen von 5,8 Prozent vorsieht und darüber hinaus weitere Verbesserungen enthält. Um langfristig Schritt zu halten, müssen die Länder-Arbeitgeber demgegenüber noch etwas drauflegen.

GEW-Tarifchefin Annett Lindner forderte die Arbeitgeber auf, sich ernsthaft mit den gewerkschaftlichen Forderungen auseinanderzusetzen, statt sie pauschal zurückzuweisen: „Für die GEW geht es zusätzlich zu der allgemeinen Gehaltserhöhung, von der alle Beschäftigten im Landesdienst profitieren, auch um eine faire Eingruppierung angestellter Lehrkräfte, bessere Arbeitsbedingungen in den Landes-Kitas und eine Eindämmung des Befristungsunwesens an den Hochschulen. Tariftreue muss auch für die rund 300.000 studentischen Beschäftigten an den Hochschulen gelten. Deshalb fordert die GEW: Tarifbindung für studentische Beschäftigte – jetzt!“

Weitere Verhandlungsrunden sind für den 15./16. Januar und für den 11./12. Februar 2026 in Potsdam vorgesehen.

